

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 27 (1986)  
**Heft:** 21

**Artikel:** Der Aspekt vom Systemexport  
**Autor:** Revesz, Laszlo  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093480>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Laszlo Revesz zum Gedenken an den ungarischen Aufstand von 1956

Am 23. Oktober 1956 begann in Budapest die Revolution des ungarischen Volkes gegen die ihm aufgezwungene Diktatur sowjetischen Typs. Prof. Revesz, der jene Tage als Präsident des Revolutionskomitees an der Universität Budapest erlebte, erinnert aus diesem Anlass an das sowjetische Prinzip, den Sozialismus zu exportieren. Solange dieser Anspruch besteht, wächst der potenteste Imperialismus unserer Zeit weiter, auf Kosten der laufend einverlebten Völker.

# Der Aspekt vom Systemexport

Die Sowjetunion hat ihre Bruderstaaten im Grunde genommen nicht viel anders unterdrückt und ausgebeutet als ihre eigenen Unionsrepubliken oder ihre eigenen Minderheiten. Der Unterschied besteht darin, dass die Bruderstaaten formell als souverän anerkannt werden, was auch den internationalen Konventionen entspricht, die Moskau unterzeichnet hat. Dem widerspricht allerdings sowohl die Praxis wie auch der ideologische Anspruch auf die Verbindlichkeit der sozialistischen, das heisst der sowjetischen Ordnung.

Von einer nationalen Selbstbestimmung der sozialistischen Länder kann im Sowjetlager tatsächlich keine Rede sein, weder in bezug auf die territoriale Zugehörigkeit noch in bezug auf die freie Wahl des staatlichen und gesellschaftlichen Systems.

Artikel 1 der beiden Internationalen UNO-Konventionen vom 16. Dezember 1966 (Menschenrechtskonventionen) garantiert (proklamiert) die nationale Selbstbestimmung als kollektives Menschenrecht: «Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung...» Das gleiche Recht findet sich schon in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung der UNO vom 10. Dezember 1948 in Artikel 36 verankert. Er verbietet jedem Staat die Verletzung der staatsbürgerlichen und nationalen Rechte: «Keine Bestimmung der vorliegenden Erklärung darf so ausgelegt werden, dass sich daraus für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person irgend ein Recht ergibt, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu setzen, welche auf die Vernichtung der in dieser Erklärung angeführten Rechte und Freiheiten abzielt.»

Diese Formulierung soll allfälligen Rechtfertigungstheorien für Souveränitätsverletzungen vorbeugend entgegenwirken. Demgegenüber steht aber sowjetischerseits die ideologische Auslegung. Die marxistisch-leninistische Interpretation gibt den einzelnen Bestimmungen des Völkerrechts und der internationalen Konventionen einen eigenen Inhalt, und wie es sich trifft, entspricht er immer den Interessen der Sowjetmacht.

Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges stellte Stalin den Satz auf: «Dieser Krieg unterscheidet sich von den bisherigen Kriegen darin, dass der Sieger sein gesellschaftliches System in die besiegten Staaten mitbringt.»

An diesen Satz haben sich die Sowjets auch in der Praxis gehalten und tun es weiterhin. Die UdSSR hat schon vor Kriegsende ein Recht auf Sowjetisierung der Nachbarschaft verkündet und ist danach darangegangen, ihren Anspruch zu verwirklichen.

### Aufstände

Laut sowjetsozialistischer Deutung entsprach der Vorgang gleichzeitig dem Willen der betreffenden Völker; diese selbst wussten freilich nichts davon.

Die totale Sowjetisierung der osteuropäischen Staaten begann 1949, und bis 1953 war sie durchgeführt. Nominal bestand die Diktatur des Proletariates und real die Diktatur über das Proletariat.

Schon bald nach Stalins Tod (5. 3. 1953) kam es in Osteuropa zum ersten Arbeiteraufstand gegen das sozialistische Regime und die sowjetische Besetzung, und zwar am 17. Juni 1953 in der DDR. Ausgangspunkt war der Protest gegen die «administrative Erhöhung» der Leistungsnormen in den Betrieben. Innerhalb von

einigen Stunden gab es Demonstrationen und Streiks in 274 Ortschaften, hauptsächlich natürlich in Ostberlin. Den Arbeitern schlossen sich Studenten und Gymnasiasten an, und das Oberkommando der sowjetischen Besatzungstruppen verhängte den Kriegszustand. Der Aufstand dauerte anderthalb Tage; dann war er niedergeschlagen. Laut offiziellen Angaben fielen ihm 4 Volkspolizisten, 2 Passanten und 19 Demonstranten zum Opfer. Laut westlichen Forschungen wurden 267 Aufständische getötet; zudem fielen Sondergerichte in der Folge 92 Todesurteile. Die sowjetischen Verluste beliefen sich ihrerseits laut Angaben des sowjetischen Kommandos auf 18 Tote und 126 Verwundete.

Der zweite osteuropäische Aufstand brach am 28. Juni 1956 im westpolnischen Posen aus; seine Träger waren Jungarbeiter und Studenten. Die anfänglichen Forderungen bezogen sich auf Lohnerhöhungen, Überprüfung der Leistungsnormen und dergleichen, aber sobald die Demonstrationen angelaufen waren, beherrschte die Losung von nationaler und gesellschaftlicher Freiheit das Feld. Es gab 53 Tote und 300 Verwundete.

In Polen ist die Unruhe später wiederholt manifest geworden: Studentenunruhen 1968, Arbeiterunruhen 1970, Arbeiter- und Studentenunruhen 1976. Diese polizeilich und militärisch gebändigten Ereignisse führten zwischen 1976 und 1980 zur Entstehung etlicher Gruppierungen, die nach den Streiks vom Sommer 1980 ihrerseits in die landesweite Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc mündeten, zu deren Zerschlagung schliesslich am 13. Dezember 1981 das Kriegsrecht ausgerufen werden musste.

In der Tschechoslowakei versuchte sich das Volk 1968 eine relative Freiheit im Rahmen des

«Sozialismus mit menschlichem Gesicht» zu erkämpfen. Beim sogenannten Prager Frühling handelte es sich um eine friedliche Revolution, auf Druck der intellektuellen Mitte halbwegs unfreiwillig ausgelöst «von oben», durch das ZK-Plenum vom Januar 1968. Dieses beseitigte die mürrische gewordene Diktatur von Antonin Novotny und setzte den bald populär werden Alexander Dubcek zum neuen Parteichef ein. Das wurde landesweit als Aufbruchsignal verstanden oder missverstanden, und die von einer ungewohnten Begeisterung getragene Partei machte mit. Das Aktionsprogramm der Reformbewegung wurde am 10. April 1968 ebenfalls vom Zentralkomitee angenommen; auf seiner (interpretierbaren) Linie bildete sich ein nationaler Konsens. Das abrupte Ende kam am 21. August 1968, als die Streitkräfte der Sowjetunion (und der Alibi-Truppen aus vier weiteren WP-Staaten) einmarschierten. Die CSSR wurde resowjetisiert.

## Die ungarische Revolution

In Ungarn war nach 1949 unter sowjetischer Besetzung ein grausames Terrorsystem eingeführt worden. Bis 1955 wurden in diesem kleinen Land von zehn Millionen Einwohnern 1 136 434 Personen vor Gericht gestellt oder ohne Gerichtsbeschluss interniert; 516 708 Personen erhielten offizielle Freiheitsstrafen, und eine unbekannt grosse Anzahl von Leuten wurde hingerichtet oder in Untersuchungshaft

zu Tode gefoltert. Das geschah unter Matyas Rakosi, dem ungarischen Vasall Stalins.

Zunächst gebremst und dann aufgehalten wurde der Terror, nachdem Imre Nagy im Juli 1953 zum Ministerpräsidenten gewählt worden war. Er sollte den nachstalinischen Kurs verkörpern, aber die Sowjets empfanden ihn bald als zu liberal, und im März 1955 wurde er wieder abgelöst. Rakosi – Parteichef geblieben – ergriff wieder die Zügel.

Indessen fand im Februar 1956 in Moskau der 20. KPdSU-Kongress statt. Dort leitete Chruschtschow mit seiner «Geheimrede» (die allerdings allen kommunistischen Parteiführungen zugänglich gemacht wurde und in Osteuropa überall unter der Hand zirkulierte) die Entstalinisierung ein. Die neuen Gedanken wurden vor allem in Polen und Ungarn von der Intelligentsia aufgegriffen und spontan weiterentwickelt. Sie fanden bei der Bevölkerung ein Echo, das sich rasch verstärkte. In Budapest sah sich die Parteiführung in die Defensive gedrängt und warf Ballast ab. Rakosi wurde ins sowjetische Exil geschickt, ohne dass der Nachfolger Ernő Gerő eine Alternative dargelegt hätte.

Reformistische bis oppositionelle Forderungen wurden manifest. Schriftsteller und Studenten waren tonangebend. Bis zum Herbst 1956 verlangten sie bereits deutlich die Souveränität des

Landes und die Verwirklichung der staatsbürgerlichen Grundrechte.

In der Nacht vom 22. auf den 23. Oktober 1956 verabschiedete eine Landesversammlung ungarischer Studenten ein 14-Punkte-Programm, das die Forderungen der anbrechenden Revolution enthielt: Abzug der Sowjettruppen, Mehrparteiensystem (ohne Führungsrolle der KP), parlamentarisches Regime, Gewährleistung des Streikrechts und anderer Grundrechte.

Eigentlicher Auslöser der Revolution war die Studentendemonstration, die in Budapest am Nachmittag des 23. Oktobers stattfand. Ihr schlossen sich zunächst die Mittelschüler und dann praktisch alle Passanten an. Gegen acht Uhr abends waren die Demonstranten vor dem Radiogebäude versammelt und verlangten, dass ihre Forderungen ausgestrahlt würden. Bewacht wurde das Gebäude von Angehörigen des Sicherheitsdienstes (AVO oder AVH). Die Soldaten forderten die Demonstranten erfolgreich auf, auseinanderzugehen, und eröffneten dann das Feuer auf die unbewaffnete Menge.

Das war das Signal zum Aufstand. Die Studenten liefen zu ihren Hochschulen zurück und besorgten sich dort Waffen und Munition aus den Wehrkunde-Abteilungen. (Solche gibt es heute noch auf jeder Fakultät.) Bald rückten auch die Jungarbeiter der Waffenfabrik mit entsprechender Ausrüstung an und verteilten sie an die Kollegen.

Die sowjetische Besatzungsmacht trat zu diesem Zeitpunkt noch nicht in Aktion, und die Behörden setzten gegen die nunmehr bewaffneten Demonstranten ungarische Militäreinheiten ein. Doch jetzt zeigte sich, wo die Soldaten standen. Als sie den Schiessbefehl erhielten, verweigerten sie den Gehorsam und gingen geschlossen zu den Aufständischen über. Die Offiziere unternahmen nichts dagegen und entfernten sich ohne Protest.

Damit hatte die Revolution freie Bahn. Sie siegte – soweit es auf die ungarischen Beteiligten ankam – innerhalb von wenigen Stunden. Die Partei, die immerhin 870 000 Mitglieder zählte, fiel bis Mitternacht völlig auseinander.

Nun aber kam die Besatzungsmacht ins Spiel. Um 2 Uhr früh des 24. Oktobers wurden – angeblich auf einen Hilferuf der ungarischen Regierung – die sowjetischen Truppen eingesetzt. Von diesem Augenblick an wurde die ungarische Revolution, die bereits gesiegt hatte, zu einem Freiheitskampf der ungarischen Nation gegen den ausländischen Imperialismus.

Es ist eine alte Taktik der Sowjetführung. Bevor sie mit ihren Truppen in ein fremdes Territorium einmarschiert, lässt sie sich wenn immer möglich zu Hilfe rufen. Im Fall von Ungarn 1956 musste allerdings das Hilfesuch der ungarischen Regierung gänzlich erfunden werden, denn es ist unmöglich, dass es in der fraglichen Zeitspanne gestellt worden ist. Am 23. Oktober um 22 Uhr wurde über Radio Budapest mitgeteilt, das Zentralkomitee der Partei werde unverzüglich seine Beratung über die



In der Stadt Magyarovar wurden jugendliche Demonstranten von den Kräften des Sicherheitsdienstes AVO erschossen.

Einsetzung einer neuen Regierung aufnehmen. Am nächsten Morgen um 8.13 Uhr erfolgte dann die Meldung, die ZK-Sitzung habe eben dem Präsidialrat den Antrag gestellt, den rehabilitierten Imre Nagy erneut zum Ministerpräsidenten zu ernennen. Als also die Regierung Nagy die Geschäfte übernahm, waren die Sowjettruppen schon längst zum Angriff übergegangen.

Der Eingriff der in Ungarn selbst stationierten Sowjetstreitkräfte war allerdings erfolglos. Ihnen standen nicht nur Studenten, Mittelschüler und Jungarbeiter gegenüber, sondern auch ungarische Armee-Einheiten, die sich dem Freiheitskampf anschlossen (andere standen Gewehr bei Fuss). So sahen sich die Sowjettruppen am 28. Oktober zum teilweisen Rückzug aus Budapest gezwungen.

Wie entwickelte sich unterdessen die politische Lage in Ungarn? Man bildete eine aus vier Parteien bestehende Koalitionsregierung, zwar unter dem Vorsitz des Kommunisten Imre Nagy, aber das Einparteiensystem und die führende Rolle der KP wurden abgeschafft. Der Regierung Nagy gehörte auch Janos Kadar an.

Am 30. Oktober trat eine formelle Wende in den sowjetisch-ungarischen Beziehungen ein. An diesem Tag veröffentlichte die Sowjetregierung die Erklärung, sie sei zum Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn bereit, wenn die ungarische Regierung das wünsche. Diese Erklärung beanspruchte die ganze 1. Seite der «Prawda» vom 31. Oktober.

Aber es handelte sich um eine Finte. Zwar wurden die in Ungarn selbst stationierten Sowjettruppen (ihre Moral war zum Teil ohnehin angeschlagen) zum grösseren Teil tatsächlich abgezogen, aber der Grenze entlang wurden gleichzeitig frische Einheiten zusammengezogen und für den Einmarsch bereitgestellt. Die ungarische Regierung gewährte den Betrug und protestierte dagegen; umsonst. Sie zog am 1. November die Konsequenz daraus mit zwei wichtigen Beschlüssen (zu denen sie als Regierung eines souveränen Staates voll legitimiert war).

Sie kündigte fristlos die Mitgliedschaft Ungarns im Warschauer Pakt.

Sie erklärte die Neutralität des Landes nach schweizerischem Muster.

(Die sowjetische Völkerrechtslehre erklärt zur Neutralität, sobald sie ein Staat verkünde, sei dies für alle andern Staaten gültig. Allerdings hatte man sich in Moskau nicht vorgestellt, dass auch ein sozialistischer Staat sich auf diese These berufen könnte. So wurde nachträglich dann die ungarische Neutralitätserklärung als unstatthaft interpretiert, weil sich ein sozialistischer Staat im internationalen Klassenkampf nicht neutral verhalten könne. Aber das ist ideologische Interpretation, die der formellen sowjetischen Völkerrechtskunde zuwiderläuft.)

Indessen gingen die offiziellen Kontakte zwischen der sowjetischen Vertretung und der ungarischen Regierung vorerst auch nach dem 1. November weiter. Am 3. November begannen sogar die Verhandlungen zwischen den

Militärdelegationen beider Seiten über den immer noch offiziell traktandierten Rückzug der sowjetischen Einheiten aus Ungarn. Das geschah am Nachmittag im ungarischen Parlamentsgebäude, und für den Abend wurde die ungarische Delegation ins sowjetische Hauptquartier nach Tököl (30 km nördlich von Budapest) eingeladen, selbstverständlich unter Zusage von freiem Geleit. Doch die Sowjets brachen ihr Wort und nahmen die ungarische Vertretung bei ihrem Eintreffen in Tököl fest. Deren Leiter, Verteidigungsminister Pal Maleter (übrigens KP-Mitglied), wurde später hingerichtet.

Die Budapester Bevölkerung warte inzwischen hochgemut auf das Abkommen über den Rückzug der Sowjettruppen. Statt dessen kam die Aggression. Am 4. November um vier Uhr früh donnerten erneut die sowjetischen Geschütze; der Einmarsch hatte begonnen.

Eine Stunde später, um 5.05 Uhr, strahlte Radio Budapest die Meldung aus, Janos Kadar habe eine «revolutionäre Arbeiter-Bauern-Regierung» gebildet, und um 6 Uhr teilte Kadar persönlich mit, er habe die Sowjettruppen zu Hilfe gerufen, um den Sozialismus in Ungarn zu retten.

Wie aber die Kadar-Regierung die Sowjets zu Hilfe rufen konnte, und zwar so, dass sie bereits um 4 Uhr einen vorbereiteten und organisierten Angriff einzuleiten vermochten, bleibt ein Geheimnis. Am 6. Januar 1957 veröffentlichte «Nepszabadsag», die zentrale Parteizeitung, eine Regierungserklärung, die so begann: «Der 4. November ist ein entscheidendes Ereignis der ungarischen Geschichte: die revolutionäre Arbeiter-Bauern-Regierung wurde gebildet.» Wann hat denn die neue Regierung die

Sowjettruppen eingeladen, die schon in den ersten Morgenstunden losschlugen?

Aber gab es in jenen Tagen die Regierung Kadar überhaupt? Das zuständige Organ, der ungarische Präsidialrat, löste erst am 12. November die Regierung Nagy ab und setzte die Regierung Kadar ein. Bis dahin war also die Revolutionsregierung die einzige legale Vertretung des Landes.

## Der Justizmord

Am 4. November erliess Kadar ein Regierungsprogramm; Punkt 3 verkündete die Amnestie für alle Aufständischen. Auch das erwies sich als Unwahrheit. Ab 12. November stellte man Sondergerichte auf, die mittels standrechtlicher Geheimverfahren die Angeklagten ohne Anklageschrift zum Tode verurteilen konnten. Zunächst wurden die Militärgerichte damit beauftragt. Danach bildete man sogenannte Volksgerichtssenate, die ebenfalls befugt waren, im Schnellverfahren Todesurteile zu fällen, ohne Anklageschrift und ohne Berufungsmöglichkeit.

Hingerichtet wurden auch Minderjährige. Der Präsidialrat verbot mittels Gesetzesverordnung vom 15. Januar 1957 die Berücksichtigung der strafrechtlichen Bestimmungen, wonach Jugendliche unter 20 Jahren nicht zum Tod verurteilt werden durften. Tatsächlich sind sogar 16- und 17jährige Jugendliche hingerichtet worden. Die rechtswissenschaftliche Zeitschrift «Jogtudományi Közlöny» (Nr. 1 – 3/1957) rechtfertigte die Todesurteile. Die «schrecklichen Erfahrungen mit der Konterrevolution» hätten «scharfe Strafen» auch für Minderjährige notwendig gemacht.



Vor dem Radiogebäude.

Gleichzeitig führte man die 1953 abgeschafften Internierungslager für «subjektiv sozialgefährliche Elemente» wieder ein, denen keine strafbare Handlung nachgewiesen zu werden brauchte. Die Polizei durfte von sich aus eine Internierung bis zu 24 Monaten verfügen, und danach konnte die Dauer verlängert werden.

Nach dem sowjetischen Einmarsch waren Ministerpräsident Imre Nagy und andere Regierungsmitglieder in die jugoslawische Botschaft geflüchtet. Mit einem erneuten Wortbruch konnten auch sie verhaftet werden. Sowjetische und ungarische Behörden sicherten ihnen die freie Rückkehr nach Hause zu, nahmen sie dann auf der Strasse fest und deportierten sie nach Rumänien. Im Juni 1958 wurden die führenden Persönlichkeiten unter ihnen in einem Geheimverfahren zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Laut den Recherchen von Prof. Georg Brunner (der heutige Ostrechtspezialist in Köln war 1956 Jusstudent in Budapest gewesen) haben die ungarischen Sondergerichte bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1961 etwa 1000 Todesurteile gefällt. Mit oder ohne Urteil eingesperrt wurden rund 100 000 Personen.

Die Gesetzesverordnungen, mit denen der Präsidialrat zwischen November 1956 und April 1957 die Rachejustiz formalrechtlich absegnete, hinkten übrigens in vielen Fällen den tatsächlich vollstreckten Urteilen hinterher; der Befehl der Besatzungsmacht ersetzte die Legalität.

### Der politische Kampf

Gegen Mitte November erlosch der bewaffnete Widerstand in Ungarn, als den ungarischen Armee-Einheiten und den Aufständischen die Munition ausging. Hingegen kam es zu einem vielfältigen zivilen Widerstand, den man im Westen sehr wenig zur Kenntnis genommen hat.

Der Arbeiterrat von Grossbudapest und die verschiedenen Revolutionskomitees gaben den politischen Kampf noch nicht auf. Sie organisierten Frauen- und Schülerdemonstrationen, verschiedene Arten von Streiks und Flugblattaktionen. Kleine Kinder wurden zu den Sowjetsoldaten mit der russisch verfassten Aufforderung geschickt, dem Land seine Freiheit wiederzugeben.

Die sowjetische Führung begann daraufhin Ende November eine weitere grausame Aktion: die wahllose Deportation von beliebig aufgegriffenen Jugendlichen. Man ging jeweils so vor, dass sowjetische Panzer und Militärfahrzeuge bestimmte Strassen im Stadtzentrum von Budapest absperreten. Dann nahm man die Kinder und Jugendlichen fest, die sich zufällig dort befanden, und verfrachtete sie ohne Überprüfung ihrer allfälligen Tätigkeit in die Sowjetunion.

Hier wurde das Revolutionskomitee der Universität Budapest aktiv. Es war zu dieser Zeit noch nicht amtlich verboten; die ungarischen Behörden erklärten es erst am 10. Dezember

für illegal. Sein Sekretär und sein Präsident (*also unser Autor Laszlo Revesz, der ein erhebliches Risiko einging; Red. ZB*) suchten das sowjetische Oberkommando auf, um gegen die militärisch organisierte Kinderentführung zu protestieren. Man erklärte ihnen die Aktion als «provisorische Notlösung» zur Verhinderung konterrevolutionärer Aktionen; sobald die Gefahr der Konterrevolution gebannt sei, würden die Deportierten nach Hause zurückgeschickt. In diesem einen Fall wurden die Sowjets nicht zur Gänze, sondern nur zur Hälfte wortbrüchig. Tatsächlich sorgten sie dafür, dass die Kinder unter 15 Jahren bis Weihnachten wieder bei ihren Eltern in Ungarn waren. Hingegen blieben weit über Tausend ältere Jugendliche verschollen: Studenten, Mittelschüler und Jungarbeiter. Was mit ihnen geschah, ist bis heute nicht bekannt geworden.

Der Aufstand hat mit Sicherheit viele Opfer gekostet, aber wie viele es waren, lässt sich nicht feststellen. Nach bestmöglichen Schätzungen sind etwa 5000 Aufständische gefallen, und etwa 22 000 Verwundete wurden in die Spitäler eingeliefert; in unbekannt vielen Fällen zogen es die Angehörigen vorsichtshalber vor, die Verwundeten bei sich zu Hause zu pflegen.

### Die Reaktion der «Bruderländer»

Die sowjetische Presse behauptete wiederholt, dem Aufstand sei eine lange, vom Ausland gesteuerte und unterstützte Wühlarbeit vorgegangen. Schon in ihrem ersten Bericht vom 25. Oktober 1956 erklärte die «Prawda», bei der Konterrevolution handle es sich um die Frucht der subversiven Tätigkeit des Imperialismus. Als ungarische Träger der «Konterrevolution» nannte die sowjetische Presse einmal (versehentlich?) Studenten und ein paarmal «faschistische Jugendliche» und «Banditen»; eine Kennzeichnung als Mittelschüler oder gar Jungarbeiter fehlte völlig.

Indessen waren die Auslassungen noch nichts im Vergleich zu den Erfindungen. Am 3. November berichtete die «Prawda» tatsächlich unter Berufung auf das österreichische KP-Organ «Volksstimme», von amerikanischen, westdeutschen und britischen Flugzeugen würden Soldaten nach Ungarn geflogen. Ein vorsorgliches Märchen als Alibi für die sowjetische Aggression vom nächsten Tag.

Die sowjetische Darstellung war massgeblich auch für die Berichterstattung im übrigen Sowjetlager mit Ausnahme Polens, wo der «polnische Oktober» eigene Wellen schlug. Aber für Osteuropa insgesamt fürchteten die Machthaber die Gefahr der Ansteckung.

In der Tschechoslowakei verordnete man der eigenen Bevölkerung eine gross angelegte Schutzimpfung. Man bot die Parteifunktionäre zu Vorträgen auf, bei denen der «faschistische Charakter» des ungarischen Aufstandes erklärt werden sollte. Am 26. Oktober schrieb die zen-

trale Parteizeitung «Rude Pravo»: «Auf Tausenden von Versammlungen haben die Werktätigen der Tschechoslowakischen Republik ihrer Empörung (über das ungarische Geschehen) Ausdruck verliehen und dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei ihre Treue versichert.» (*Offensichtlich hielt man das ausdrückliche Treuebekenntnis für nötig.*) Und weiter: «Resolutionen noch und noch, von Arbeitern, Bauern, Studenten, werktätigen Intellektuellen, Bergarbeitern, Eisenbahnern und Soldaten an das ZK gerichtet, enthalten die schwerwiegenden Worte: Lasst uns Wache stehen!» Vor welcher Gefahr denn?

Noch deutlicher zeigte sich (vermutlich wegen der Erfahrung von 1953) die Nervosität in der DDR. Die Führer von Partei und Staat selbst besuchten die grösseren Betriebe, hielten Vorträge und «beantworteten die Fragen der Arbeiter». Die zentrale Parteizeitung «Neues Deutschland» publizierte einen Leserbrief, der zur erhöhten Wachsamkeit aufrief und das so begründete: «Auch bei uns gibt es Leute, die in den vergangenen Monaten die chaotischen Diskussionen in Ungarn mit unverständlicher Begeisterung verfolgten und eine «freie» Diskussion auch bei uns zu praktizieren vorschlugen.» Im übrigen verbreiteten auch die DDR-Medien die sowjetische Version von ausländischer Militärhilfe an die ungarischen Konterrevolutionäre.

Erheblich anders tönte die amtliche Parteistimme der «Trybuna Ludu» in Warschau: «Die Ereignisse in Ungarn erschüttern das Gewissen jedes ehrlichen Menschen in Polen. Der Bruderkrieg, der nun schon seit Tagen andauert, und die schweren Verluste, die dabei zu verzeichnen sind, hängen wie ein Schatten der Trauer auch über unserem Lande. Viele von uns stellen sich die dramatische Frage: «Wie ist es möglich gewesen, dass sich unter den Bedingungen der Volksherrschaft ein grosser Teil des ungarischen Volkes zum bewaffneten Widerstand erhoben hat?» Die Antwort darauf kann weder im simplifizierenden Vorzeigen von «ausländischen Spionagezentren» noch im Aufspüren von «Konterrevolution» hinter jeder Ecke gefunden werden.» (TL, 28. 10. 1986)

Offen auf die Seite der ungarischen Revolution stellte sich in Polen die Studentenzeitschrift «Po Prostu». Sie bezeichnete am 28. Oktober den ungarischen Aufstand als «die Sache der Arbeiter auf der ganzen Welt». Und nach seiner Niederschlagung schrieb «Po Prostu» am 21. November: «Die Revolution wurde liquidiert, noch bevor ihre ersten Blumen hätten blühen können. Sie wird mit goldenen Buchstaben in die Geschichte eingehen.»



Nun, die Geschichte ist das, was die Menschen aus ihr machen. Auch aus dem Opfer des ungarischen Volkes. ■